

## GRÖSSERE AMBITIONEN BEIM KLIMASCHUTZ DURCH EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

Wissenschaftler schlagen erneut Alarm. Ein Dominoeffekt aus Eisschmelze, Ozeanerwärmung, Waldsterben usw. könnte die Erde in einen „Treibhaus-Zustand“ versetzen, der die menschlichen Bemühungen um Emissionssenkungen immer vergeblicher machen wird. Die Gewerkschaften wollen menschenwürdige Jobs auf einem lebenden Planeten. Wenn die Regierungen durch Garantien für gerechte Übergangsmaßnahmen Vertrauen schaffen, können sie notwendige größere Ambitionen beim Klimaschutz verfolgen und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigten und ihre Gemeinden bewältigen. Wir können den Planeten nicht retten, ohne als Bestandteil einer Welt ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen die Beschäftigung zu sichern und die Armut in wirksamer Weise zu bekämpfen.

## DIE WELT IST BEI DER BEGRENZUNG DES TEMPERATURANSTIEGS AUF 1,5 °C NICHT AUF KURS.

Obwohl es aus technischer Sicht nach wie vor möglich ist, einen Temperaturanstieg um 1,5 °C zu verhindern, werden sich das Verhalten und die Technologien auf breiter Front ändern müssen, um die erforderlichen Emissionssenkungen zu erreichen. Umfangreiche Klimaschutzmaßnahmen können bis zum Jahr 2030 26 Billionen USD an wirtschaftlichen Gewinnen einbringen (verglichen mit einem Szenario, bei dem einfach so weitergemacht wird wie bisher), mehr als 65 Mio. Arbeitsplätze schaffen und über 700.000 vorzeitige Todesfälle infolge von Luftverschmutzung im Jahr 2030 vermeiden.

Durch abgestimmte Maßnahmen haben die Gewerkschaften dafür gesorgt, das Konzept eines „gerechten Übergangs“ in das Pariser Klimaschutzabkommen und die politische Agenda einzubringen. Dies hat zur Beteiligung von Gewerkschaften an der Klimaschutzpolitik auf nationaler und sektoraler Ebene geführt. In Australien, Kanada, Ghana, Deutschland, Neuseeland, den Philippinen, Schottland, Südafrika, Uruguay und anderen Ländern sitzen die Gewerkschaften mit ihren Regierungen gemeinsam am Tisch, wenn es um Klimaschutz und einen gerechten Übergang geht. In Spanien hat die Regierung vor kurzem eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften über einen gerechten Übergang beim Kohleausstieg unterzeichnet, um den Interessen der Beschäftigten und ihrer Gemeinden Rechnung zu tragen.

Die UN-Klimakonferenz COP24 im polnischen Katowice im Dezember muss zu größeren Verpflichtungen seitens der Regierungen führen. Die Gewerkschaften wollen menschenwürdige Jobs auf einem lebenden Planeten. Wenn die Regierungen durch Garantien für gerechte

Übergangsmaßnahmen Vertrauen schaffen, können sie größere Ambitionen auf nationaler Ebene verfolgen und die Gewerkschaften und Gemeinden in die Entwicklung von Übergangsplänen in Städten, Kommunen, Provinzen, Bundesländern sowie in sämtlichen Branchen und Sektoren einbeziehen. Jeder einzelne Job muss grüner werden.

Die Gewerkschaften wollen, dass sich ihre Regierungen bei der COP24 zur Initiative der polnischen Regierung, der „Erklärung von Schlesien“, verpflichten, um eine Vereinbarung über einen gerechten Übergang für die Arbeitnehmer/innen und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und guter Jobs voranzubringen. In allen Regionen und in allen Wirtschaftssektoren müssen mehr Gewerkschaften bei ihren Regierungen und Unternehmen darauf drängen, einen gerechten Übergang zu verfolgen und zu einer CO<sub>2</sub>-armen Zukunft beizutragen. Dabei wird Solidarität erforderlich sein, um weniger wohlhabende Länder und ihre Gewerkschaften dabei zu unterstützen, für gerechte Übergänge zu sorgen, bei denen niemand zurückgelassen wird.

- » Im Jahr 2017 waren Klimakatastrophen für Tausende Todesfälle und wirtschaftliche Verluste in Höhe von 320 Mrd. USD verantwortlich.
- » Zu den letzten 19 Jahren gehörten 18 der wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.
- » Selbst im Falle eines effizienten Klimaschutzes wird der Temperaturanstieg infolge des Klimawandels bis 2030 zum Verlust von 72 Mio. Vollzeitäquivalenten aufgrund von Hitzebelastung führen.
- » Im Bereich erneuerbarer Energien sind 10,3 Mio. Menschen beschäftigt, vorwiegend in Asien.